

Die Einwanderung prägt die Schweizer Politik seit Jahren. Auf die Zusammensetzung des Parlaments wirkt sie sich allerdings nur wenig aus. Das zeigt eine Untersuchung des Politikwissenschaftlers Nenad Stojanovic.

Der schwierige Weg ins Parlament

DOMINIC WIRTH

Die Schweiz ist ein Land, das immer stärker durch die Zuwanderung geprägt wird. Das spiegelt sich einerseits in der Statistik. Im Jahr 2013 hatten fast 35 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von über 15 Jahren einen Migrationshintergrund; etwa ein Drittel dieser Leute besitzt einen Schweizer Pass. Andererseits entzündet sich auch die politische Debatte immer wieder an Zuwanderungsthemen – die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative im vergangenen Februar ist hier nur das aktuellste Beispiel. Im nationalen Parlament indes, das zeigt eine Pilotstudie, wirkt sich die Zuwanderung noch kaum aus. Menschen mit Migrationshintergrund sind dort deutlich unterrepräsentiert.

Ob und allenfalls wie sich die Einwanderung auch auf die Zusammensetzung der Schweizer Parlamente niederschlägt, darüber war vor dieser Studie überraschend wenig bekannt. Sowohl auf kantonaler wie auf nationaler Ebene gebe es in der Forschung «eine grosse Lücke», sagt Nenad Stojanovic vom Zentrum für Demokratie in Aarau. «Das ist vor dem Hinter-

grund des hohen Migrantenanteils in der Schweiz überraschend.» In anderen klassischen Einwanderungsländern wie etwa Deutschland oder Grossbritannien gebe es zu diesem Thema zahlreiche Studien.

Die Forschungslücke schliessen

Der Politikwissenschaftler hat sich deshalb daran gemacht, diese Forschungslücke zu schliessen. Vorerst hat er sich auf das nationale Parlament konzentriert. Die Zahlen, die hier zum ersten Mal veröffentlicht werden, zeigen: Der Anteil von Schweizern mit Migrationshintergrund ist «bescheiden», um es mit den Worten des Forschers zu sagen.

Stojanovic setzte bei seiner Pilotstudie bei den Nachnamen der 246 Schweizer National- und Ständeräte an. Zur Gruppe «mit Migrationshintergrund» zählte er sämtliche Parlamentarier, deren Nachnamen bis 1939 nicht im Familiennamenbuch der Schweiz eingetragen wurde. In diesem Buch sind sämtliche Einbürgerungen in der Schweiz verzeichnet. Das Jahr 1939 wählte Stojanovic als Grenze, weil nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs neue Flüchtlingswellen entstanden und die Zuwande-

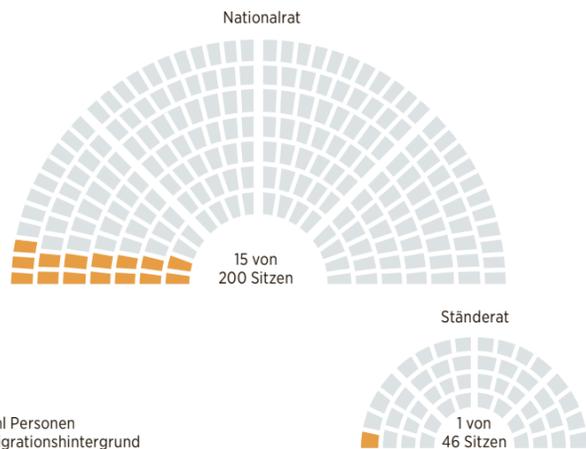


Der Basler SP-Ständerat Claude Janiak erfüllt Stojanovics Definition des Migrationshintergrunds.

Bild: ky/Lukas Lehmann

16 – von insgesamt 246 Parlamentariern

Die Pilotstudie von Nenad Stojanovic zeigt, dass insbesondere im Ständerat kaum Personen mit Migrationshintergrund vertreten sind. Im Nationalrat ist der Anteil deutlich höher – immerhin 15 von 200 Mitgliedern haben Wurzeln im Ausland.



Quelle: Nenad Stojanovic/Zentrum für Demokratie, Grafik: oas

rung in die Schweiz anstieg. Der Forscher sagt, dass sein Ansatz nicht perfekt sei – Politikerinnen wie die gebürtige Slowakin Yvette Estermann (SVP/LU), die den Namen ihres Mannes angenommen haben, werden nicht erfasst –, doch er glaubt, dass er präzise genug ist, um eine Aussage über die Verhältnisse zu machen.

15 der 200 Nationalräte tragen demnach einen Nachnamen, der erst nach 1939 zum erstenmal im Schweizer Familiennamenbuch eingetragen wurde. Beispiele dafür sind Aline Trede (Grüne/BE) oder Jacqueline Badran (SP/ZH). Im Ständerat findet sich mit Claude Janiak (SP/BL) gar nur ein Vertreter im 46köpfigen Rat, der Stojanovics Definition des Migrationshintergrunds erfüllt.

«Anteil ist beunruhigend»

Was bedeutet das nun, wenn in einem Land, in dem mehr als ein

Drittel der Menschen ausländische Wurzeln haben, ihr Anteil im nationalen Parlament nur 6,5 Prozent beträgt? «Ich finde das aus demokratischer Sicht beunruhigend», sagt Stojanovic. Der Tessiner mit bosnischen Wurzeln sagt aber auch, dass das nationale Parlament kein umfassendes Bild abgebe. Dafür müsse man auch lokale und kantonale Institutionen betrachten. Stojanovic machte dort einst selbst Karriere, war im Stadtrat von Lugano und im Tessiner Grossen Rat, ehe er im vergangenen Jahr aus beruflichen und privaten Gründen zurücktrat.

In den kommenden drei Jahren macht sich der Forscher mit Unterstützung des Nationalfonds nun an der Universität Luzern daran, auch dort, in den Kantonen und Gemeinden, Daten zu sammeln. Er interessiert sich dabei für die Zahl der Kandidaten mit Migrationshintergrund

und ihre Erfolgchancen. Und er interessiert sich auch dafür, warum gerade Schweizer mit Wurzeln in Ex-Jugoslawien kaum einmal den Weg in die Politik finden. In den vergangenen zehn Jahren schafften es laut Stojanovics Untersuchungen nur gerade vier Personen mit Wurzeln im Balkan in ein kantonales Parlament – ihn selbst eingerechnet.



Nenad Stojanovic
Politologe, Zentrum für Demokratie

Alt Bundesrichter kritisiert Wahlverfahren

BERN. Am Mittwoch werden die Richter am Bundesgericht gewählt. Nun hat alt Bundesrichter Claude Rouiller das Wahlverfahren kritisiert. Er weist auf die Schwäche des Systems hin und spricht sich für Wahlen aus, die von der Parteizugehörigkeit losgelöst seien. Zwar hätte es bereits Verbesserungen gegeben, seit eine parlamentarische Kommission die zu besetzenden Richterposten ausschreibt und die Kandidaten anhört und auswählt, sagte Rouiller in der Westschweizer Zeitung «Le Temps». Doch es sei nach wie vor zwecklos, sich für einen Sitz zu bewerben, wenn man nicht die Unterstützung der Partei habe, der dieser zustehe.

Der Walliser empfiehlt daher, die Wahl zu «modernisieren», etwa mit einem System aus Kanada, das bereits der Kanton Freiburg für seine Kantonsrichter anwende. Diese Formel verlangt nicht mehr die Unterstützung durch eine politische Partei. Vielmehr wählt ein politisch unabhängiger Richterrat die Kandidaten aus und schlägt sie dem Parlament zur Wahl vor. Der gleiche Rat wacht darüber, dass nicht eine oder zwei Parteien sämtliche Sitze vereinnahmen. Rouiller würde es zudem vorziehen, wenn die Richter ein einziges Mal für eine unbestimmte Zeit oder aber für eine bestimmte, längere Periode ernannt würden. (sda)

Die SBB verhindern durch den Exklusivvertrag mit Ticketcorner den freien Wettbewerb. Konzerte könnten dadurch teurer werden. Ständerätin Karin Keller-Sutter will nun Antworten vom Bundesrat.

Mehr Wettbewerb am Ticketschalter

STEFAN BORKERT

Seit Jahresbeginn arbeiten die SBB nur noch mit Ticketcorner zusammen. Der Vertrag ist umstritten. Mitte des Jahres heizte die Konsumentenzeitschrift «Saldo» die Diskussion an. Warum die SBB die teuren Event-Tickets von Ticketcorner verkaufen, beantwortet die SBB-Medienstelle etwas umständlich: «Für uns war zentral, dass ein Angebot für unsere Kundinnen und Kunden aufrechterhalten werden kann, mit dem grösstmöglichen Angebot für den Kunden. Als Marktleader verfügt Ticketcorner national über das grösste Angebot von Veranstaltungen.»

Keller-Sutter will Antworten

Jetzt hat die Debatte auch die Politik erreicht. Der Bundesrat soll Antworten liefern und eine eigene Beurteilung abgeben. Die St.Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter hat eine Interpellation eingereicht. Sie sieht den freien Wettbewerb behindert. Der Wettbewerb solle über die Marktposition der einzelnen Anbieter entscheiden. «Dazu braucht es jedoch gleich lange Spiesse. Starticket und Ticketportal sind von diesem Verkaufskanal ausgeschlossen. Der Wettbewerb der Anbieter ist im Sinne

der Konsumenten», sagt die freisinnige Politikerin. Durch das schweizerweit fein verzweigte Schalernetz seien die SBB ein idealer Anbieter für Drittgeschäfte. Bis Ende 2013 haben die SBB mit verschiedenen Ticketanbietern zusammengearbeitet, darunter Ticketportal und Starticket. Zwei Drittel des Ticketingumsatzes wurden vorher über Ticketcorner abgewickelt, ein Drittel über die anderen Anbieter. Diese Möglichkeit gibt es

seit Januar nicht mehr. Die SBB hatten den Schritt unter anderem mit einer Effizienzsteigerung begründet. Das stellt Keller-Sutter in Frage, «weil die Entwicklung Richtung Online-Abwicklung geht. Das Argument der Effizienzsteigerung ist beim Onlinegeschäft wenig stichhaltig. Zudem geht es um einen Service public, der ein breites Angebot für die Kunden möglich machen soll und nicht von vornherein zwei Anbieter aus-

schliesst. Die SBB-Kunden können damit nicht wählen.» Sie setzt in ihrer Interpellation ganz auf die Karte Wettbewerb. Bei Drittgeschäften müssen die SBB nicht ausschreiben. Ein fragwürdiges Vorgehen. Karin Keller-Sutter meint, die exklusive Zusammenarbeit mit den SBB habe grosse Auswirkungen auf den Ticketmarkt. Was geändert werden müsste, damit es auch bei Drittgeschäften mehr Wettbewerb gibt, das müsse der Bundesrat beantworten.

Nicht im Sinn des Wettbewerbs

«Aber Gesetzesänderungen stehen für mich jetzt nicht im Vordergrund. Mir geht es darum, dass die SBB, die dem Service public verpflichtet sind, diesen den Kunden auch vollumfänglich anbietet. Wenn zwei Anbieter ausgeschlossen werden, ist dies nicht im Sinn des Wettbewerbs.»

Dass der Vorstoss der Unterstützung des St.Galler Unternehmens Ticketportal dient, das mit Starticket eine Partnerschaft eingegangen ist, weist sie zurück. «Mir geht es in erster Linie um den freien und fairen Wettbewerb, unabhängig davon, ob es sich um eine Ostschweizer Firma handelt oder nicht. Ein intakter Wettbewerb führt auch zu tieferen Preisen für die Kunden.»



Tickets für Events gibt es bei der SBB nur noch vom Ticketcorner.

Bild: ky/Eddy Risch